

Intervention e. V.

**An den Senat der FH Hamburg
an den Ersten Bürgermeister Olaf Scholz,
an den Innensenator Andy Grote,
an die Abgeordneten der im Senat
vertretenen Parteien**



Glashüttenstraße 2
20357 Hamburg

Tel: 040/245002
Fax: 040/4304624
www.lesbenverein-intervention.de
E-Mail: info@lesbenverein-intervention.de

Hamburg, Feb 2017

Der Runde Tisch gegen Rassismus, Homo- und Transphobie fordert den Senat und die im Senat vertretenen Parteien auf, alle Rechtsmittel anzuwenden um Abschiebungen nach Afghanistan zu stoppen. Das Bundesländerrecht ermöglicht einen 2-monatigen Abschiebestopp. Wir fordern diese Zeit zu nutzen, die Einzelfallprüfungen dahingehend zu gestalten, dass Abschiebungen nach Afghanistan generell gestoppt werden. Gerne stellen wir bei der Festlegung der Kriterien für die zu erfolgenden Einzelfallentscheidungen unsere Fachsicht auf die besonderen Bedarfe zur Verfügung.

Der Runde Tisch gegen Rassismus, Homo- und Transphobie hat sich im September 2015 gegründet und bündelt die diversen Angebote für Flüchtende mit homo- und transidentem Hintergrund.

Der Runden Tisch vereinigt Akteur*innen, die sich in ihren Organisationen für Menschenrechte von LSBTIQ* in Hamburg einsetzen, Rassismus auf allen Ebenen begegnen und Fortbildungen für Multiplikator*innen der Flüchtlingsarbeit sowie spezielle Angebote für LSBTIQ* vorhalten wollen.

Der Runde Tisch teilt die Auffassung vieler Menschenrechts- und Hilfsorganisationen, dass die Lage in Afghanistan überaus instabil und überhaupt nicht sicher ist. Dies gilt für alle Menschen, für Menschen mit homo- und transidentem Hintergrund im besonderen Maße. Deshalb ist es für uns auch unverständlich, dass es insbesondere alleinstehenden Männern, die hier in Hamburg als einer Rainbow City Stadt Schutz gesucht haben, zugemutet werden kann, nach Afghanistan zurückzukehren. Gerade Menschen, die besonders schutzbedürftig sind, dürfen nicht in ein instabiles Land wie Afghanistan abgeschoben werden.

Deshalb appellieren wir daran, die Einschätzung von Menschenrechts- und Hilfsorganisationen vor Ort ernst zu nehmen und den Abschiebungen ein Ende zu setzen.

